

„Europas Sanierung ohne Steuergelder

Verfasst von [Volker Gallandj](#) am 7. Oktober 2011 - 18:16

Es klingt zu schön, um wahr zu sein, aber es geht. Es funktioniert notfalls auch mit Regierungsgeld, doch ideal ist das Konzept als privates Modell der Großbanken Europas. Unabhängig von politischen Strömungen, Wahlen, Haushaltslagen, etc. Wie geht das? Das Modell nimmt die Problemländerschulden vom Anleihemarkt und stabilisiert die Rückführung der Schulden durch nur noch einen Gläubiger und einen 40-Jahresvertrag, es enthält folgende Kernelemente:

Die Gläubiger wollen bekanntlich, dass ihr Schuldner, z.B. Griechenland, ihre Ausleihungen nicht gefährdet. Das Modell sieht daher im ersten Schritt vor, dass alle Gläubiger unverzüglich ihre Ausleihungen von Griechenland laufzeitunabhängig zu 100 % zurück erhalten, nehmen wir für das nachfolgende Rechenbeispiel an, das seien 200 Milliarden. Griechenland bekommt stattdessen dieses Geld von einer neuen Bank, nennen wir sie Europäische Abwicklungsbank (EAB).

Diese ist im Idealfall zuvor von allen involvierten Banken gegründet und mit Eigenkapital ausgestattet worden. Ihr Eigenkapital liegt z.B. bei 6 Milliarden, so dass sie nach bisherigen Usancen der erforderlichen Eigenkapitalausstattung die 200 Milliarden ausleihen kann. Die von ihr an Griechenland mit neuen Verträgen vergebene Summe in Höhe von 200 Milliarden kommt wirtschaftlich also von den Gläubigerbanken, die gerade ihr Geld zurück bekommen haben. Im Vertragswerk der drei Partner EAB-Griechenland- Gläubiger ist diese Mittelverwendung unveränderbar vereinbart. Die Umschuldung führt so zu einem Gläubigertausch für Griechenland und einem Schuldneraustausch für die Gläubiger.

Die EAB vergibt die Gelder an Griechenland als Kredit, als Sicherheit erhält sie die bisherigen Anleihen zum Nominalwert. Es ist vertraglich verboten, diese Anleihen oder die neuen Kredite auf einen Anleihemarkt zu bringen oder sonstwie damit Handel zu treiben, der Vertrag spielt sich bis zum Erlöschen aller wechselseitigen Forderungen nur zwischen den neuen Partnern EAB und Griechenland ab. Das Schuldenportfolio ist den Märkten und ihren Spekulationen entzogen. Die EAB und die hinter ihr stehenden (alten und neuen) Gläubigerbanken erhalten ihr Geld im Rahmen einer vertraglich ebenfalls vereinbarten Wohlverhaltensphase zurück, die zugleich am Ende der Gesamlaufzeit der Kredite zu einem Schuldenerlass führt. Dazu sieht der Vertrag vor:

Griechenland schuldet nach wie vor 200 Milliarden Kredit. Dieser Kredit wird aufgeteilt, in einmal 80 Milliarden (für 40 Jahre tilgungsfrei) und weiter in 120 Milliarden mit Kapitaldienststraten aus 2,5 % Zins und 2,5 % Tilgung, zusammen 5 %. Das sind 6 Milliarden Kapitaldienst im Jahr. Spätestens nach 40 Jahren (tatsächlich früher, da die Tilgung mit jeder Rate steigt) planmäßigen Kapitaldienstes sind die 120 Milliarden getilgt, übrig sind die 80 Milliarden. Für diesen Fall sieht der Vertrag den Erlass der 80 Milliarden vor. Die EAB leitet während der Laufzeit den erhaltenen Zins und die Tilgung gemäß den abgeschlossenen Verträgen 1 : 1 an ihre Geldgeber weiter, so dass diese (die alten Gläubigerbanken) nach 40 Jahren ebenfalls 120 Milliarden Tilgung und zusätzlich weitere 120 Milliarden Zins erhalten haben. Der Verzicht auf die 80 Milliarden Restschuld nach 40 Jahren schmerzt insofern nicht wirklich.

Griechenland erhält so 40 Jahre Zeit zur wirtschaftlichen Gesundung und kann es schaffen, so wie sein Nachbar Türkei es geschafft hat, vom „kranken Mann am Bosphorus“ zur vitalen Wirtschaftszone zu werden. Die europäischen Banken können ihre Ausfallrisiken (40 % aus den 200 Milliarden) über 40 Jahre strecken und die Abschreibung von 1 % pro Jahr mit 2,5 % Zins ausgleichen. Die Verwaltungskosten der EAB finanzieren sich aus dem von den Banken eingelegten Eigenkapital.

Das Modell ist ausbaufähig, wenn die Statuten der EAB nur diese Geschäftstätigkeit und keine weiteren Risiken vorsehen. Wenn die EAB 2 Billionen statt 200 Milliarden finanzieren müsste, wäre eben 60 Milliarden Eigenkapital bereit zu stellen, weit weniger als alle Zahlen, die im Moment für Risikorücklagen kursieren. Damit wären auch große Staatspleiten vertraglich zu managen. Da das Modell vorsieht, das Anleihevolumen des angegriffenen Staatswesens dem Tradingmarkt zu entziehen, schneiden sich künftig Spekulanten „ins eigene Fleisch“, wenn sie dies mit Angriffe auf einzelne Länder provozieren. Das Modell kann also eine präventive Wirkung entfalten, zumal es auf Steuergelder verzichtet. Also lohnen sich Angriffe auf die Währung nicht mehr, da sie nicht mehr zu staatlichen Stützungsmaßnahmen führen können. Der nötige Beitrag der Politik beschränkt sich darauf, für den Fall der Zahlungseinstellung durch den Schuldner und die dann folgende Kreditkündigung seitens der EAB einen staatsrechtlichen Gestaltungsvorschlag (raus aus der EU o.ä.) bereit zu stellen und die Eigenkapitalanforderungen bei den Banken niedrig zu lassen (da diese ja die Einlage der EAB finanzieren). Die Banken verlieren mit dem Modell zwar Tradinggewinne aus dem Anleihemarkt (und komplementären CDS-Handel) der in die EAB-Konstruktion überführten Marktanteile am Anleihemarkt, aber das wird zu verschmerzen sein, zumal sie als Mitgesellschafter der EAB für die Staaten mittelbar unverzichtbar werden.

Diese Umschuldung ist rechtlich und wirtschaftlich von jeglichen Aufbaumaßnahmen in den betroffenen Ländern getrennt, so dass Investoren auch insofern eine Angst genommen wird. Wunder kann das Modell nicht bewirken, aber die Krise ist damit leichter zu managen."

Kommentare

[Das war doch ein Staatsstreich!](#)

Verfasst von Gast am 20. Oktober 2011 - 17:12.

Prof. Habermann im Sommer 2010:

<http://www.parteidernunft.de/node/1115>

"Die Maßnahmen, die im Mai getroffen wurden, um die südeuropäischen Länder zu „retten“ bezeichnet Professor Gerd Habermann, wie der Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler als „stille Währungsreform“, da die drei Säulen der Währungsunion aufgehoben wurden: Unabhängigkeit der Zentralbank, kein Ankauf von Staatsanleihen, keine kollektive Haftung für Schulden eines Mitgliedslands. Professor Gerd Habermann sieht darin einen „Staatsstreich“ und „kollektiven Rechtsbruch“, den er auf das Schärfste verurteilt. Er rät den Leuten Gold zu kaufen, da der Euro nicht mehr sicher sei."

Michael Mausch

[A. Merkel: auch Entscheidungen gegen den Volkswillen sind ok!](#)

Verfasst von Gast am 8. Oktober 2011 - 11:15.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2010/03/2010-03-03-merkel-...>

Rede der Bundeskanzlerin zur Vorstellung des Allensbacher Jahrbuchs der Demoskopie „Die Berliner Republik“ Mi, 03.03.2010, in Berlin:

"Aber genau deshalb bin ich auch zutiefst davon überzeugt, dass es richtig ist, dass wir eine repräsentative Demokratie und keine plebiszitäre Demokratie haben und dass uns die repräsentative Demokratie für bestimmte Zeitabschnitte die Möglichkeit gibt, Entscheidungen zu fällen, dann innerhalb dieser Zeitabschnitte auch für diese Entscheidungen zu werben und damit Meinungen zu verändern. Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, dass all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der Nato-Doppelbeschluss, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt – fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt. Erst im Nachhinein hat sich in vielen Fällen die Haltung der Deutschen verändert. Ich finde es auch vernünftig, dass sich die Bevölkerung das Ergebnis einer Maßnahme erst einmal anschaut und dann ein Urteil darüber bildet. Ich glaube, das ist Ausdruck des Primats der Politik. Und an dem sollte auch festgehalten werden."

[Die Katze ist aus dem Sack!](#)

Verfasst von Gast am 8. Oktober 2011 - 14:27.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bei Günther Jauch 25.9.2011: <http://www.youtube.com/watch?v=sMK0vPUwe-w>
Jauch: "Das kann doch nur heißen, ... dass ... ein europäischer Haushalt gebildet wird, der dann auch über unsere nationalen Gelder entscheidet, dass wir ein Stück unserer nationalen Souveränität damit aufgeben?"
Merkel: "Soweit würde ich jetzt im nächsten Schritt nicht gehen. ... So weit sind wir ja noch nicht."

Also: JETZT will Angela noch nicht so weit gehen. Aber die Auflösung der nationalen Souveränität ist beschlossen!

Kommentar von Carlos Gebauer: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/carlos-a-gebauer/me...>

"Was aber antwortet die Kanzlerin auf Günther Jauchs Frage, ob sie ein solches »Europa« nötigenfalls auch gegen den Willen des von ihr vertretenen Volkes durchsetzen wolle? Sie antwortet:

Ja.

Denn sie sei überzeugt von dem europäischen Gedanken. Dass sie die nötigen parlamentarischen Mehrheiten zur Durchsetzung ihrer diesbezüglichen Vorstellungen finden werde, das halte sie für sicher. Den Willen des Souveräns – ihrer Wähler – zu vollziehen, das ist wohl nicht mehr die Sache dieser Kanzlerin."

Dem bleibt nichts hinzuzufügen.

[OhOh, Angela](#)

Verfasst von Gast am 8. Oktober 2011 - 14:19.

Da wird mir Angst und Bange.